



50 Prozent Frauen in Regierung für Ludwig kein Muss

Wiens SPÖ-Chef Michael Ludwig eröffnete erstmals die Schanigartensaison. Im Hauptfokus bleibt aber die Bildung der Regierung: Ein ausgeglichenes Verhältnis von Männern und Frauen ist „nicht in Stein gemeißelt“.

David Krutzler

Wien – Es war ein Wohlfühltermin, zu dem sich am Montag sowohl Noch-Bürgermeister Michael Häupl als auch sein künftiger Nachfolger Michael Ludwig angehängt hatten. Es galt, die Wiener Schanigartensaison traditionell zu eröffnen, die alljährliche Veranstaltung fand diesmal im Café Mozart am Albertinaplatz statt. Häupl ließ seine letzte Saisonöffnung aber kurzfristig sausen – offiziell aus terminlichen Gründen. Womit es dem designierten Stadtchef Ludwig oblag, erstmals gemeinsam mit Wirtschaftskammerpräsident Walter Ruck medienwirksam im Freien eine Melange zu schlürfen.

Beide wurden standesgemäß von Wolfgang Binder, Kaffeehausobmann in der Wirtschaftskammer Wien, begrüßt. Die Titel flogen tief, die vorgestellten „Diplom-Ingenieur Ruck“ und „Stadtrat Doktor Ludwig“ lobten dann auch unisono die Wiener Kaffeehauskultur, zu der die Schanigärten einfach dazugehörten. Nicht umsonst zählten Wiener Kaffeehäuser auch zum immateriellen Unesco-Weltkulturerbe, wie Ruck sagte.



Der künftige Bürgermeister Michael Ludwig und der Präsident der Wirtschaftskammer Wien Walter Ruck trugen ihre Sessel gleich selbst in den Schanigarten. Rund 3500 gibt es bereits in der Hauptstadt.

In der Stadt wurden 2017 rund 3500 Schanigärten gezählt – um 400 mehr als noch 2016. Für den Anstieg von rund zehn Prozent sind auch die neuen Winterschanigärten verantwortlich: Von der Möglichkeit, auch im Winter Tische und Sessel ins Freie zu stellen, machten 155 Betriebe Gebrauch – DER STANDARD berichtete. Ludwig wünschte den Gastronomen für die diesjährige Saison „viel Erfolg, ein gutes Geschäft und alles Gute“.

Primär muss sich Ludwig freilich mit der Neuaufstellung des Wiener SPÖ-Stadtregerungsteams beschäftigen. Er übernimmt am 24. Mai das Amt von Langzeit-Stadtchef Häupl. Zehn Tage vorher will Ludwig seine neue Mannschaft bekanntgeben. Bis dahin, sagte Ludwig, „werde ich mich an mein selbstgewähltes Schweigegelübde halten“.

Schon jetzt ist fix, dass es zumindest drei neue Posten im Stadtsenat zu besetzen gilt: Nach

dem Rücktritt von Gesundheitsstadträtin Sandra Frauenberger am 4. April kündigte am vergangenen Donnerstag Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny ebenfalls seinen Rückzug mit 24. Mai an. Zudem wird Ludwigs Job als Wohnbaustadtrat vakant. Auch Finanzstadträtin Renate Brauner muss wohl ihren Posten räumen.

Den Rückzug von Mailath-Pokorny bezeichnete Ludwig als „sehr persönliche Entscheidung“, diese sei aber „nicht überr-

schend“ gefallen. Ludwig sei mit Mailath-Pokorny „freundschaftlich sehr verbunden“, dementsprechende Gespräche habe es im Vorfeld gegeben. Ludwig hoffe aber, die Kompetenz von Mailath-Pokorny für Wien „in einer anderen Funktion“ erhalten zu können – etwa bei internationalen kulturpolitischen Fragen.

Kritik an Häupl

Auf die Frage, ob es die Stadtregerung zerbröckelt, sagte Ludwig: „Die Stadtregerung steht derzeit nicht unter meiner Führung.“ Damit kritisierte er indirekt Noch-Amtsleiter Häupl. Ludwig führe aktuell viele Gespräche.

Die SPÖ stellt im Stadtregerungsteam derzeit sieben Mitglieder. Zu Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2015 gab es noch vier Stadträtinnen. Seit dem Rücktritt von Ex-Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely und dem Eintritt von Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorsky im Vorjahr sind es drei SPÖ-Stadträtinnen und -Stadträte sowie Bürgermeister Häupl.

Dass die Geschlechterparität bei den Stadträten bleibt, ist laut Ludwig kein Muss. „Ich berücksichtige mehrere Überlegungen, die über die Geschlechterparität hinausgehen“, sagte er dem STANDARD. Ein ausgeglichenes Verhältnis von Männern und Frauen sei nicht fix: „In Stein gemeißelt ist in der Politik nichts.“

Die von Ludwig ins Boot geholte neue SPÖ-Parteamanagerin Barbara Novak sieht das anders. Bei ihrem Amtsantritt sagte sie dem STANDARD im Februar: „Die Geschlechter müssen ausgeglichen vertreten sein. Ludwig wird genau darauf schauen, dass es keine Frau im Team weniger gibt.“

Erhalt von Kulturerbe gefordert

ÖVP will Schutz von Unesco-Siegel in Stadtverfassung

Oona Kroisleitner

Wien – Die ÖVP Wien will den Schutz des Weltkulturerbes in der Stadtverfassung verankern. Der nicht amtsführende Stadtrat Markus Wölbitsch kündigte am Montag an, einen Antrag dazu bei der nächsten Sitzung des Gemeinderats einzubringen. Das „kleingeistige“ Verhalten der Stadtregerung, die das Weltkulturerbe „aufs Spiel“ setze, mache dies nötig. So habe die Stadt bei der Umgestaltung von Wien-Mitte das Kulturgut schon einmal in Gefahr gebracht. Dass Wien nun von der Unesco auf die Rote Liste der gefährdeten Kulturstätten gesetzt wurde, erbost die Stadt-Schwarzen. Wölbitsch spricht von einem „Weltkulturerbe-schädlichen Verhalten“ der Stadtregerung.

Auf die Rote Liste setzte die Unesco Wien wegen der Umgestaltung des Heumarkts inklusive Hochhaus. Die Unesco will, dass die Höhe des Turmes am Heumarkt von den geplanten 66 Metern auf 43 Meter reduziert wird. DER STANDARD berichtete.

Der Antrag der Wiener ÖVP sei ein Resultat eines Runden Tisches zum Weltkulturerbe, zu dem die Stadtpartei Bürgerinitiativen, Vereine und NGOs vergangenen Freitag eingeladen hatte. Rund 50 Personen nahmen laut ÖVP daran teil. „Der Unmut der Vereine und NGOs, mit denen wir gesprochen

haben, ist groß“, erklärte ÖVP-Planungssprecherin Elisabeth Olsch. „Was Rot-Grün hier veranstaltet, ist unehrlich und unprofessionell.“

„Sehr enttäuscht“ zeigte sich am Rande der Pressekonferenz Christian Schubböck vom Verein Alliance for Nature, der sich für den Erhalt des Weltkulturerbes einsetzt. Wegen des Heumarkt-Projekts sei Wien auf einer Liste mit Ländern wie dem Kongo, Irak und Syrien, kritisierte Schubböck im Gespräch mit dem STANDARD. Für ihn wäre es „eine Schande“, würde dem Stadtzentrum der Status des Weltkulturerbes aberkannt. Er appellierte an die Stadtregerung, den Forderungen der Unesco entgegenzukommen.

Ende Juni findet die nächste Sitzung des Welterbe-Komitees statt, bei der über das weitere Vorgehen in puncto Wien entschieden wird. „Die Stadt Wien hat ein hohes Interesse an einem direkten Austausch mit der Unesco“, heißt es aus dem Büro von Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (Grüne). Daher habe die Stadt gemeinsam mit dem Kanzleramt aktiv den Kontakt mit der Unesco gesucht und im Herbst einen Fahrplan für den weiteren Dialog entwickelt. „Ziel ist, dass Wien wieder von der Liste der gefährdeten Welterbegüter genommen wird“, so die Auskunft aus dem Büro der Planungsstadträtin.

Rudi Federspiels finaler Anlauf in Innsbruck

Das blau-schwarze Urgestein will Bürgermeister werden. Diesmal auf dem Ticket der FPÖ

Steffen Arora

Innsbruck – Blauer Rollkragenpullover mit Sakko und blau hinterlegtem Edelweiß am Revers. Rudi Federspiel bekennt Farbe. Seit 1989 prägt der Touristiker in Tirol das politische Geschehen mit. Mal auf der Liste der FPÖ, die ihn einst wegen Kritik an Jörg Haider aus der Partei geworfen hat, mal auf jener der ÖVP oder auf seiner eigenen Namensliste. Er gilt als personifizierte Schnittmenge zwischen Blau und Schwarz.

Dass er nun wieder für die Freiheitlichen antritt, darf als Glücksfall für die Partei angesehen werden. Im liberalen Innsbruck hätte ein klassischer FPÖ-Politiker kaum Chancen. Federspiel gilt als Gentleman-Rechter. Kein plumper Hetzer, sondern ein erfolgreicher Geschäftsmann mit Faible für Sicherheitspolitik. Die ist auch sein zentrales Wahlkampfthema. Und laut Umfragen zählt er damit zum engeren Favoritenkreis für das Bürgermeisteramt.

Wahlziel über 20 Prozent

Federspiels Wahlziel sind über 20 Prozent für die FPÖ und mindestens zwei Stadtsenatssitze. Er glaubt an ein Rennen zwischen Grünen und Blauen an der Spitze. Für ihn selbst ist das Erreichen der Stichwahl und in der Folge der Bürgermeister die Messlatte. „Das ist mein letzter Versuch, sonst hör

ich auf“, übt er sich in Wählermotivation. Ein Duell Federspiel gegen den Grünen Georg Willi wäre für den FPÖ-Politiker die wünschenswertere Stichwahlvariante. Denn gegen die regierende Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer wäre es ungleich schwerer, eine Mehrheit Mitte-rechts zu finden.

Thematisch inszeniert sich Federspiel als Hardliner in Sicherheitsfragen. Er will mehr Polizei auf den Straßen und härteres Durchgreifen gegen straffällige Ausländer. Vor allem Frauen würden sich einen „starken Mann“ wie ihn wünschen, sagt Federspiel selbstbewusst. Dass Innsbrucks Stadtpolizeikommandant seine Slogans vom unsicheren Kriminalitätshotspot mit Zahlen sinkender Verbrechensraten und steigender Aufklärungsquoten konterkariert, stört den Haudegen wenig: „Der tut mir zu viel beschönigen und beschwichtigen.“

Sofern inhaltlich noch Platz bleibt, setzt Federspiel auf Tourismus und Verkehr. Wobei Ersterer ebenfalls untrennbar mit dem Sicherheitsthema verbunden sei: „Tourismus kann sich nur dort entwickeln, wo es sicher ist.“

Kein gutes Haar lässt er an der derzeitigen Stadtregerung, der Viererkoalition aus Für Innsbruck, ÖVP, Grünen und SPÖ. Er fühlt sich ausgegrenzt, weil nach der letzten Wahl die Zahl der

Stadtsenatssitze auf sieben reduziert wurde und ihm somit die Teilnahme verwehrt blieb. Als Unternehmer kritisiert er die Schuldenpolitik der Stadt und spricht sich offen gegen Projekte wie die neue Stadtbibliothek – „die braucht kein Mensch“ – und den Neubau der Patscherkofelbahn sowie die Regionalbahn aus.

Stimmen kosten wird die FPÖ die Vielzahl an kleinen Bürgerlisten, die antreten und ebenfalls Wähler rechts der Mitte fischen. Verbinden will sich Federspiel mit keiner von ihnen. Diesbezügliche Gespräche seien im Sand verlaufen. „Aber die Wähler werden zum Schmied und nicht zum Schmied gehen“, ist Federspiel überzeugt.



Sollte er sein Wahlziel verfehlen, will Federspiel abtreten.

Foto: Florian Lechner